

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends. Preis vierteljährlich durch die Post bezogen 1,20 Mk. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

# Der Proletarier

Anzeigenpreis: 50 Pf. für die 3gepalt. Zeile. Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

## Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Postcheckkonto: Nr. 35815 Postcheckamt Hannover.

Verlag von A. Brep. Druck von E. A. H. Meißner & Co., beide in Hannover.

Redaktionschluss: Montag morgen 9 Uhr. Verantwortlicher Redakteur: Sebastian Prall, Hannover.

Redaktion und Expedition: Hannover M., Rathenauplatz 3. Fernsprechanstalt 2 28 41 und 2 28 42.

### Zur Arbeitslosenfrage.

Von G. Stähler (Hannover).

II.

Wir haben im ersten Artikel auf die Feststellungen von Dr. Pietrkowski hingewiesen, daß sich das internationale Unternehmertum der Schwere der internationalen Arbeitslosigkeit nicht bewußt sei und sich deshalb nicht nur gegen eine internationale, sondern auch gegen eine nationale Verkürzung der Arbeitszeit sträube.

Da mit diesem Sträuben auf Verkürzung der Arbeitszeit gleichzeitig der mangelhafte Wille auf Stärkung der Kaufkraft einhergeht, so ist die internationale Wirtschaftskrise in erster Linie eine Folge der den Bedarf übersteigenden Produktion.

#### Internationale Arbeitslosigkeit.

Die Folgen dieser wirtschaftlichen und sozialen Rückständigkeit des internationalen Unternehmertums lassen in voller Schwere infolge Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit auf der Arbeitnehmerschaft. Hausleiter gibt über den Stand der internationalen Erwerbslosigkeit folgende Zahlen:

Jahr	Erwerbslose	Kurzarbeiter
1913	1 125 000	
1930	25 000 000	16 000 000

Mit aller Deutlichkeit geben diese Zahlen die Verschlechterung der internationalen Wirtschaftslage und die Auswirkungen der internationalen Wirtschaftskrise zum Nachteil der Arbeitenden wieder. Hausleiter weist deshalb mit Recht darauf hin, daß rund 150 Millionen Doppelzentner landwirtschaftlicher Produkte auf dem Weltmarkt liegen, während einige hundert Millionen Menschen hungern. Den Segen unserer kapitalistischen Weltwirtschaft kennzeichnet er treffend folgendermaßen:

„Eine veräußert sonderbare Weltwirtschaft! Daß Brasilien seinen Kaffee ins Meer wirft, nur um ihn aus dem Wege zu haben; daß Kuba und Jaffa ihren Zucker vernichten, weil der Transport zum Hafen nicht lohnt; daß Kanada das schönste Getreide der Welt verheizt, weil es billiger ist als Kohle. Und alle Aussicht besteht, daß in diesem Jahre die Hälfte der Menschen nicht mehr satt wird und Millionen ausgelugt niedersinken.“

Wir haben diesem Urteil nicht mehr viel hinzuzusetzen. Hervorheben aber wollen wir doch, daß trotz dieser Wirtschaftsnöte im Riesenausmaße, daß trotzdem Millionen Arbeitslose und Kurzarbeiter mit ihren Familienangehörigen dem Hungertode nahestehen und Millionen in Arbeit Stehende infolge der niedrigen Löhne der Grenze der Unterernährung immer näher rücken, die besitzende Klasse der Welt in ihrer Lebenshaltung sich keinen Zwang auferlegt. Das beweist u. a. auch die Tatsache, daß der Automobilbestand von 1,9 Millionen Stück im Jahre 1913 auf rund 32 Millionen im Jahre 1930 oder um rund 1585 Prozent gestiegen ist. Daß unter solchen Umständen der Zorn der Arbeitnehmerschaft gegen die besitzende Klasse immer stärker werden muß, bedarf kaum noch der Begründung, daß das Auseinanderrücken der Besitzenden und der Nichtbesitzenden eine immer größer werdende Kluft schafft, die scheinbar nur noch durch eine mächtige Eruption ausgefüllt werden kann.

#### Weiterer Lohnabbau.

In Anbetracht dieser für die Arbeitnehmerschaft unerträglich werdenden Verhältnisse, grenzt es an Frivolität, wenn das deutsche Unternehmertum immer noch von dem Gedanken beherrscht wird, die noch in Arbeit Stehenden immer tiefer in das wirtschaftliche Elend hinabzustoßen. Anders kann man die Ausführungen von Dr. Pietrkowski in der Mitgliederversammlung der Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände nicht auffassen, wenn sie von Ld. nachstehend richtig wiedergegeben sind:

„Eine entscheidende Besserung der Wirtschaftslage und eine organische Beseitigung der Arbeitslosigkeit könne vielmehr nur durch eine Beseitigung ihrer Ursachen, d. h. durch grundsätzliche Beseitigung der die freie Wirtschaftsentwicklung hemmenden Fesseln und vor allem durch eine allgemeine Verbilligung der Produktion, d. h. durch Senkung der Herstellungskosten erreicht werden. Inwiefern und in welchem Ausmaße die einzelnen Kostenelemente der Produktion hierbei zu beteiligen seien, hänge von der wirtschaftlichen und staatsfinanziellen Entwicklung ab. Lohn und öffentliche Ausgaben seien die wesentlichsten Kostenfaktoren der Wirtschaft und ständen in einer untrennbaren Wechselwirkung. Je eher eine ausreichende Anpassung der Herstellungskosten an die Wirtschaftslage gesunden werde, um so schneller werde die Arbeitslosigkeit abnehmen und für alle Beteiligten eine Erleichterung eintreten.“

Da diese Ausführungen von Dr. P. die Zustimmung der Vertreter der Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände fanden, heißt das mit klaren Worten, die bestehenden Löhne müssen noch weiter herabgesetzt werden, weil nur dadurch es möglich sei, die Arbeitslosigkeit zu beheben. Die Herrschaften machen sich keine Kopfschmerzen darüber, daß jede weitere Herabsetzung der Löhne und Gehälter für die Arbeitnehmer eine Senkung der Kaufkraft dieser Schichten bedeuten muß, und daß jede Senkung dieser Kaufkraft sich auswirken muß in einem verminderten Umsatz der Produkte von Industrie und Landwirtschaft auf den Inlandsmarkt, woraus sich wiederum eine erneute Drosselung und Vertiefung der Produktion und damit abermals Steigerung von Arbeitslosigkeit

Es ist besonders kennzeichnend für die geistige Einstellung der deutschen Industriellen, daß sie einem Manne wie Dr. P., der zweifellos als Vertreter des am stärksten monopolisierten und vertrusteten deutschen Wirtschaftszweiges, der Chemie, über „die grundsätzliche Beseitigung der die freie Wirtschaftsentwicklung hemmenden Fesseln“ reden läßt und dieser Phrase aus dem Munde eines Vertreters des größten und stärksten deutschen Trustkapitals noch jubelt.

#### Sturm gegen die staatlichen Schlichtungsinstanzen.

In logischer Konsequenz ihres Planes, die wirtschaftliche und soziale Lage der Arbeiterklasse auf ein noch tieferes Niveau herabzudrücken, liegt auch die Forderung der Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände auf Beseitigung des staatlichen Schlichtungswesens. Diese Forderungen kleidete Dr. P. in der Jahresversammlung der Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände nach Ld. in folgende vorsichtige Worte:

#### Vernünftige

Arbeiter und Arbeiterinnen können als ihre Vertreter in den Betriebsrat keine Schreihälse, keine Kaufbolde und dergleichen entsenden; damit würden die

#### Arbeiter

und Arbeiterinnen sich nicht nur blamieren, sondern auch schädigen. — Leere Mühlen klappern sehr, und leere Köpfe schnattern viel, und wer viel redet, schwächt viel Unfuss, also

#### wählen

wir uns Vertreter in den Betriebsrat, die mit ruhiger sachlicher Überlegung ihr Amt ausführen und dort reden, wo es gut und nötig ist. Wer überlegt und denkt, der ist auch der

#### vernünftige

also der richtige Mann oder die Frau am richtigen Platz. Nationalsozialisten und KPD-Vertreter taugen nicht in den Betriebsrat, deren Maschinengewehrmond ist dort stumm, wo er reden soll, vor dem Unternehmer. Der Kopf dieser Leute liefert statt Munition nur Blech. Erfahrene, überlegende freie Gewerkschafter sind die berufenen

#### Betriebsräte.

„Die ADA haben ihren Vorschlägen zur Reform des Schlichtungswesens seit Jahren die Wiederherstellung der vollen Selbstverantwortung der Arbeitgeber und Arbeitnehmer in der Gestaltung der Arbeitsbedingungen verlangt, damit die eigene pflichtgemäße Erkenntnis der Parteien für eine Gestaltung der Arbeitsbedingungen Sorge, die sowohl den wirtschaftlichen als auch den sozialen Notwendigkeiten Rechnung trage. Diese Forderung werde mit besonderem Nachdruck bei der heutigen Arbeitslosennot erhoben. Arbeitgeber und Arbeitnehmer müssen in der Überzeugung zusammenwirken, daß wichtiger als die Aufrechterhaltung eines mit den Erfordernissen der heutigen sozialen und wirtschaftlichen Lage nicht zu vereinbarenden Prinzips die Wiedereinführung der Arbeitslosen in den Arbeitsprozeß sei, und daß es deshalb vor der Allgemeinheit nicht verantwortet werden könne, wenn durch ein ängstliches Festhalten an starren und schematischen Bindungen die Wiedereinführung der Arbeitslosen in den Arbeitsprozeß verhindert oder gar die Vermehrung der Arbeitslosen gefördert werde.“

Berücksichtigt man diese Ausführungen im Zusammenhang mit den bekannten Forderungen der Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände nach Abban der Arbeitslosenversicherung, nach weiteren Verschlechterungen der Unfall-, Kranken- und Altersversicherung, kurz gesagt nach einer weiteren Verschlechterung der deutschen Sozialversicherung, so geht daraus mit aller Deutlichkeit hervor, daß die Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände das Arbeitslosenproblem mißbraucht, um mit Hilfe der schutz- und rechtslos gewordenen Arbeitslosen die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der Vorkriegszeit wieder selbstherrlich diktieren zu können. Dies und nichts anderes ergibt sich mit logischer Konsequenz aus allen diesen Forderungen des deutschen Unternehmertums. Diesem ist es gar nicht darum zu tun, den Arbeitslosen zu helfen, weil sie ganz genau wissen, daß mit niedrigen Löhnen, mit dem Verschlagen der Tarifverträge und mit der Beseitigung der staatlichen Schlichtungsinstanzen die Beseitigung der heutigen Überproduktion nicht erzielt werden kann. Erzielt aber könnten werden durch diese Beseitigungen willenslose Arbeitsklaven im Interesse eines profitlüsternen Unternehmertums. Aus diesem Grunde aber bekämpfen die deutschen freien Gewerkschaften mit aller Entschiedenheit diese Pläne der Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände.

#### Sollwahnlinien.

Um diese Unternehmerrpläne der deutschen Arbeiterschaft und besonders der großen Zahl der Erwerbslosen schwachhaft zu machen, versucht man durch Wort und Schrift bei jeder Gelegenheit der deutschen Arbeiterklasse weiszumachen, daß

durch eine Verlängerung der Arbeitszeit, durch eine Beseitigung, mindestens aber durch eine Verschlechterung der sozialen Gesetzgebung die Wege gegeben seien, in der deutschen Wirtschaft billiger zu produzieren. Diese billigere Produktion sei aber mindestens geeignet, den Absatz deutscher Waren auf dem Weltmarkt zu heben; dadurch trete eine Vermehrung der Produktion in Deutschland und damit eine erhöhte Arbeitsgelegenheit durch Unterbringung der Arbeitslosen in der Wirtschaft ein.

Daß diese Theorie — selbst wenn sie richtig wäre — am Widerstand des Auslandes scheitern muß, weil dieses nicht gewillt ist, ein soziales Dumping der deutschen Wirtschaft gedankenlos hinzunehmen, müssen die Unternehmer am eigenen Leibe erfahren. So hört man denn auch die Außenhandelsbestimmten der deutschen Wirtschaft ganz andere Töne anschlagen als die sogenannten Führer der deutschen Wirtschaft auf ihren Industrietagungen, wenn es sich um die Beratung sozialer Fragen handelt.

In der „Papierzeitung“ Nr. 21 sieht sich deshalb der Außenhandelsverband der papierverarbeitenden Industrie gezwungen, einzugestehen, daß die Weltwirtschaftskrise auf dem Zollgebiet die merkwürdigsten und für die deutsche Ausfuhr unerfreulichsten Ergebnisse zeitigte. Die Erhöhung der Zölle stelle eine zu einfache Maßregel dar, als daß die einzelnen Staaten, besonders solche mit einer von Rücksichten wenig gehemmten Wirtschaftsauffassung, in Krisenzeiten nicht so gern von ihr Gebrauch machten, da sie glaubten, ihre Wirtschaft von den Krisenercheinungen des Weltmarktes isolieren zu können, und so treibe auf dem Zollgebiet ein Keil den anderen. Der Außenhandelsverband vergißt nur, hinzuzufügen, daß diese Zollschußmaßnahmen des Auslandes sehr häufig eine Folge der reaktionären, sozialpolitischen inneren Maßnahmen des deutschen Unternehmertums sind, weil das Ausland nicht gewillt ist, seine Märkte mit billigen deutschen Waren überschwemmen zu lassen, deren Schmutzkonkurrenzpreise in erster Linie auf die niedrigen Hundelöhne der deutschen Arbeiter und Angestellten beruhen.

Diese reaktionären Maßnahmen des deutschen Unternehmertums werden, wenn vielleicht auch ungewollt, unterstützt durch kommunistische und nationalsozialistische Gewerkschaftspalster. Die arbeitslosen sowohl wie die in Arbeit stehenden Arbeiter haben deshalb alle Ursache, den Lockrufen dieser Feinde der Arbeiterbewegung nicht zu folgen. Jede Schwächung der freien Gewerkschaften führt dem Ziele näher, das Bischof Hähule in Regensburg ehemals in dem Satz ausdrückte: „Wer Knecht ist, soll Knecht bleiben!“

### Wie sie lügen!

Am Sonntag, dem 15. März 1931, nahm in Frankfurt am Main eine gutbesuchte Versammlung der Funktionäre der chemischen Industrie Stellung zu der bevorstehenden Verhandlung über den Antrag des Arbeitgeberverbandes auf Abbau der tariflichen Lohnsätze. Die Konferenz verlief sehr sachlich. Eine von der Konferenz angenommene Entschließung richtete sich gegen den Lohnraub; eine zweite Entschließung sprach der Tarifkommission einstimmig das Vertrauen aus. Eine Woche später brachte das Frankfurter kommunistische Organ, „Arbeiter-Zeitung“, den nachfolgenden Artikel:

#### Chemiearbeiter wollen kämpfen!

#### Bongen zerschlagen die Streikresolution.

Vor einigen Tagen hatten die Gewerkschaftsbürokraten eine Delegiertenkonferenz der Sektion der chemischen Industrie nach dem Gewerkschaftshaus einberufen. Die Konferenz war von 280 Delegierten besetzt und sollte Stellung nehmen zu dem geplanten Lohnabbau.

Brons, der Gauleiter des Fabrikarbeiterverbandes, und Segerer vom Hauptvorstand waren erschienen, die Arbeiter nach Strich und Faden einzufleisen. Segerer, der das Referat hielt, versuchte dann auch in „radikalen“ Phrasen der Stimmung der Chemiearbeiter entgegenzukommen, um dann noch um so besser von jeder notwendigen Organisation des Kampfes abzulenken. So behauptete er in seinen Ausführungen, daß es den Chemiearbeitern geradezu glänzend gehe, während der Lohn der Arbeiter auf keinen Fall mehr abgebaut werden dürfe.

Wie wenig aber selbst diese Phrasen nützen, zeigte die Diskussion. Ein großer Teil der Delegierten verlangte den Beschluß des Streiks gegen jeden Lohnabbau. Es wurde eine Resolution eingereicht, nach der in allen Betrieben sofort alle Möglichkeiten des Kampfes ausgenutzt und der Streik organisiert werden sollte. Immer wieder kam zum Ausdruck, daß mit der verräterischen Haltung der Gewerkschaftsbürokratie Schluß gemacht werden müsse, wenn nicht aufs neue die Arbeiter ein Lohnabbauakt hinnehmen wollen. Die Bongen ahnten selbst, daß bei Abstimmung über die eingebrachte Resolution sich eine überwältigende Mehrheit dafür entscheiden hätte.

Aus diesem Grunde nahm der Bongen Brons die Streikresolution und zerriß sie vor den Augen der Delegierten. Nach den Methoden der sozialfaschistischen Bürokratie diktierte er: „Über diese Resolution wird nicht abgestimmt“. Es ließ dann prompt eine Entschließung der Bürokraten ein. Sie spricht der Tarifkommission volles Vertrauen aus und billigt ihr bei den Lohnverhandlungen volle Handlungsfreiheit zu. Mit dieser Entschließung wollten sich die lohnraubenden Gewerkschaftsbürokraten im voraus eine Vertrauensklärung für ihren Verrat geben lassen. Bei der Abstimmung blieben sie dabei in der Minderheit. Ungefähr 60 Prozent der Delegierten enthielten sich der Stimme. Nur 40 Prozent, zusammengesetzt aus den treuesten Anhängern der KPD, stimmten für die Resolution.

Der Sieg der Bongen war also ein wahrer Pyrrhussieg. Unter der Leitung der KPD stimmten die Delegierten ab und damit



**Schlagkraft der Gewerkschaften zu schwächen, als A.O. eigene Listen in manchen Betrieben aufzustellen vermöchten.** Diese „Kommunisten“ sind stolz auf ihre Aufgabe: „als Pfahl im Fleische der Sozialdemokratie zu wirken!“ Das soll dann Arbeiterpolitik und Klassenkampf sein! — Natürlich sind dementsprechend auch die praktischen Erfolge stets gleich Null.

Unsere Kolleginnen müssen über alle diese Dinge nachdenken, wenn sie nicht wollen, daß die Jahrzehntelange Arbeit und erfolgreiche Wirkung unserer Organisation sozusagen umsonst gewesen sein soll und wir nicht wieder von vorn anfangen sollen mit unserem Kampf um einfachere Arbeiterrechte. Während der Kampf der Frauen um völlige Gleichberechtigung noch längst nicht abgeschlossen ist, kämpfen die Nazis grundsätzlich gegen die Gleichberechtigung der Frauen. Durch ihren „großen“ Theoretiker Feder lassen sie z. B. fordern, daß „die Frau wieder Magd und Dienerin“ werden müsse. Als vor einiger Zeit eine Frau Vorsitzende des Schöffengerichts Charlottenburg wurde, schrieb dazu Herr Goebels in seinem „Angriff“, daß dies eine „Herabwürdigung der Rechtspflege“ bedeutet, wie sie ärger kaum gedacht werden könne. So also kämpfen die Nazis für die Frauen. Trotzdem konnten sie sich circa 3 Millionen Frauenstimmen im letzten Reichstagswahlkampf ergattern. Wir sollten als Arbeiterinnen viel zu stolz sein, uns so als „gedankenlose Masse“ für die politischen Geschäfte dieser Arbeiterfeinde herzugeben. Oder sollen wir der Entwicklung gleichgültig zusehen, bis der angerichtete Schaden so groß ist, daß er in Jahrzehnten nicht wieder gutgemacht werden könnte? Wenn in der nationalsozialistischen Zeitschrift „Der Meister“ ein gewisser Herr Held schreibt: „Wir Nationalsozialisten zerschlagen auch die Organisationen der Arbeitererschaft. Darum müßt ihr Unternehmer und Großkapitalisten uns das Recht geben, in unserer Agitation uns dem Geist der Arbeitererschaft anzupassen“, — so ist das nicht nur eine großmüßige Geste, sondern ein Programm. Die Nazis dokumentieren sich hier offen als Helfershelfer der Unternehmer. Die Ausführungen des Herrn Feder im Reichstag, „der Arbeiter habe im wilhelminischen Staat alles gefunden, was er zu beanspruchen habe“, kennzeichnet ja deutlich genug die Einstellung dieser Leute zu den Forderungen der Arbeitererschaft auf Verbesserung ihrer Lebenslage. Die Nazi-Betriebsräte sind also schon gar nicht in der Lage, für Arbeitsschutz und Arbeitsrecht, überhaupt für eine Verbesserung der Lage der Arbeiter und Arbeiterinnen einzutreten.

Kolleginnen! Ihr müßt über alle diese Fragen mit euren Arbeitsschwesterinnen reden! Ihr müßt intensive Aufklärungsarbeit leisten, denn ihr habt die Möglichkeit, dafür zu sorgen, daß eure Rechte im Betriebe gewahrt werden können durch aufrechte, tüchtige Kolleginnen und Kollegen, die den Rückhalt in der Gewerkschaft haben. Die Gewerkschaftsorganisation, der Verband, das ist die stabile Plattform des Klassenkampfes! Alle übrigen Organisationen sind nicht in der Lage, erfolgreiche Arbeitskämpfe zu führen. Je stärker die Organisation und die Mitarbeit der Kolleginnen, desto besser und sicherer die Erfolge!

### Arbeiterschutz und Arbeiterversicherung.

#### Der Kampf um den § 218.

Der § 218 des deutschen Strafgesetzbuches besagt: „Eine Schwangere, welche ihre Frucht vorsätzlich abtreibt oder im Mutterleibe tötet, wird mit Zuchthaus bis zu 5 Jahren bestraft. — Sind mildernde Umstände vorhanden, so tritt Gefängnisstrafe nicht unter 6 Monaten ein. — Dieselben Strafvorschriften finden auf denjenigen Anwendung, welcher mit Einwilligung der Schwangeren die Mittel zu der Abtreibung oder Tötung bei ihr anwendet oder beigebracht hat.“ Um diesen Paragraphen wird heftig gestritten. Eine Ärztin und ein Arzt in Stuttgart wurden verhaftet, weil sie in Hunderten von Fällen gegen den § 218 verstoßen haben sollen. Hier handelt es sich um eine Angelegenheit, die das arbeitende Volk in erster Linie angeht. Betrachtet man nachstehende Ziffern, so wird man sich darüber klar sein, welche Motive dem Kampf um den § 218 zugrunde liegen. Die Zahl der jährlichen Abtreibungen in Deutschland wird auf eine Million geschätzt und liegt höher als die Zahl der Geburten. 20 000 Frauen sterben jährlich durch Abortmittel. 200 000 Frauen erleiden schwere Erkrankungen nach Fehlgeburten. Rund 10 000 Anzeigen je Jahr erfolgen wegen Abtreibungen und etwa 6000 bis 7000 jährliche Verurteilungen. Die Ziffern sprechen eine deutliche Sprache. Meistens werden es Frauen des arbeitenden Volkes sein, die wegen Übertretung des § 218 in die Räder der Justiz geraten. Wenn ein Arbeitsloser nur mit Mühe und Not sich und die Seinen zu ernähren vermag und trotzdem ein neuer Ankömmling sich ankündigt, dann wird die Frage akut, ob nicht aus sozialen Gründen ein Eingriff notwendig ist. Die in den Großstädten eingerichteten Eheberatungsstellen können ein Lied davon singen, wie ungeheuer groß die Zahl der Menschen ist, die aus ihrer mitleidigen sozialen Lage heraus sich an sie wenden und Rat und Hilfe verlangen. Weil ein ärztlicher Eingriff durch den § 218 erschwert ist, greift das Volk zur Selbsthilfe und findet Eingang bei Kurpfuschern, Engelmacherinnen usw. Die Grausamkeit und Un Sinnigkeit des § 218 wird deutlich dargestellt dadurch, daß jährlich über eine Million deutscher Frauen gegen ihn verstoßen. Der in Stuttgart angeklagte Arzt Dr. Friedrich Wolf stellt folgende Forderungen auf: 1. Einrichtung für Beratungsstellen zur Geburtenregelung und Sexualhygiene; dort kostenlose Ausgabe von Verhütungsmitteln an Krankenkassenmitglieder und Unbemittelte. 2. Die Notwendigkeit der Unterbrechung der Schwangerschaft kann nur von sozial geschulten, beamteten Ärzten entschieden werden. Die Unterbrechung der Schwangerschaft selbst soll nur in staatlichen Kliniken durch geschulte Ärzte stattfinden. Man kann gegen diese Forderungen dies und jenes einwenden; dennoch kann man ihnen die Berechtigung nicht versagen. Bernard Shaw hat einmal seinem Standpunkt durch folgende Worte Ausdruck verliehen: „Ein Volk, das nicht die Möglichkeit hat, seine Kinder zu ernähren, hat

nicht das Recht, Kinder zu verlangen!“ Wenn es feststeht, daß die Arbeitslosigkeit auf Jahre hinaus hoch bleiben wird, dann wäre es unnützlich, einen hohen Geburtenüberschuß zu verlangen. Deshalb sind wir überzeugt, daß das arbeitende Volk in seiner Mehrheit gegen den § 218 ist und seine Befreiung wünscht.

### Wirtschaftliches.

#### Internationales Ballspiel der Unternehmer.

Der Lohnabbau in Produktionszweigen, die einen erheblichen Teil ihrer Produktion ausführen, wird gewöhnlich mit der Begründung durchgeführt, die Konkurrenzfähigkeit des betreffenden Produktionszweiges auf dem Weltmarkt zu erhöhen. Ein solcher Lohnabbau, der sich um die Arbeitsleistung und Arbeitsproduktivität und um die Größe des Lohnanteils an dem Produkt wenig kümmert, führt aber auch deshalb nicht zum Ziel, da er Bestrebungen zur Lohnsenkung auch im Ausland auszulösen pflegt. Damit muß aber der Vorteil, den man durch Lohnabbau zu erreichen sucht, verschwinden. So wurden vor kurzem die Hungerlöhne der englischen Bergarbeiter in Südwales für die Dauer von drei Jahren herabgesetzt. Die Bergarbeiter von Südwales unterwarfen sich bedingungslos dem Spruch eines unabhängigen Schiedsrichters. Dieser fällte einen Schiedspruch, der eine Lohnsenkung von 8½ bis 8 Prozent vorsah, obwohl die Bergarbeiterlöhne in Südwales zu den niedrigsten in England gehören und für einen menschenwürdigen Lebensunterhalt nicht ausreichen. Begründet wurde der Lohnabbau mit der in zwischen erfolgten Lohnsenkung in den ausländischen Revieren, die mit der Kohle von Südwales in Wettbewerb stehen, insbesondere mit dem Lohnabbau in Deutschland.

### Die kapitalistische Wurzel alles Übels.

... Infolge dieser Habgier ist das Leben voll Ungleichheit. Die einen müssen sich vor Gaffheit an ihrem Überfluß fast erbrechen, gleich als ob sie die Nahrung, mit der sie sich überfüllt, von sich freien müßten, und kopfen sich mit Speisen bis zum Erbrechen; die anderen, von Hunger und Mangel gedrückt, sind allen Schrecken des Elends preisgegeben. O seltsame Ungleichheit der Lebenslage unter den Menschen, welche die Natur alle gleich geschaffen hat! Dieser Umsturz der Dinge, diese Unordnung hat keine andere Quelle als die Habgier. Sie ist's, die die einen verdammt, fass nackt zu gehen, während der andere nicht nur viele Kleider, sich zu bedecken, besitzt, sondern noch Purpur hat, um seine Wände zu zieren. Der Arme hat nicht einmal ein Brett, wohin er sein Brot hinlegen könnte, während der Reiche voll Weichlichkeit und Eitelkeit seine Augen an dem brillanten Glanze ergötzt, der von der mit feingearbeitetem Silbergeschirr besetzten Tafel ausstrahlt. Da er so köstliche Mahlzeiten hält und alle Lebensgenüsse so vollständig in Beschlag nimmt, hätte er nicht wenigstens die Kosten dieser Tafel in Nahrung für die Armen umwandeln sollen? Alle diese Übel haben nur eine Ursache: Durst nach Überfluß; das ungerechte Gelfüße nach dem Gute des Armen.

Bischof Hieronimus von Amasea, Kleinasien, um 400 n. Chr.

### Die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Deutschland und Österreich.

Die gemeinsame Sprache und die politische und kulturelle Verbundenheit der beiden Völker in den Staaten Deutschland und Österreich hat auch die Wirtschaftsbeziehungen von jeher sehr eng gestaltet. Das heutige Österreich stellt ein wirtschaftlich unzugängliches Staatsgebiet dar. Auf die Dauer vermag es allein seiner hohen Kulturstufe gemäß nicht zu leben. Deutschland ist mit Österreich handelspolitisch sehr eng verflochten. An der Einfuhr Österreichs nimmt Deutschland mit 21 v. H. die erste Stelle ein. In der Ausfuhr Österreichs ist Deutschland ebenfalls an erster Stelle mit 18 v. H. vertreten. Österreich führte 1930 für 181 Millionen Mark nach Deutschland aus und für 360 Millionen Mark Ware von dort ein. Den größten Anteil des Warenverkehrs zwischen den beiden Ländern haben die industriellen Fertigerzeugnisse. Es war vorauszusehen, daß über kurz oder lang eine über diese handelspolitische Verflochtenheit hinausgehende wirtschaftliche Gemeinschaft sich anbahnen würde.

### Papier-Industrie

#### Die Nazis bauen Tarifverträge.

In München-Glabbad befindet sich die Papierhülfsfabrik Gebr. Dörner. Seit Jahren glaubte die Firma es nicht mehr nötig zu haben, mit unserem Verbands Tarifverträge abzuschließen; sie begnügte sich deshalb mit einem Betriebsabkommen, das sie mit ihrem Betriebsrat abschloß.

Noch es geschah Zeichen und Wunder! Der Syndikus, Herr Dr. Roters von der Papierfachvereinigung im Handelskammerbezirk München-Glabbad, kündigte unserer Zahlstelle Krefeld das zwischen Betriebsleitung und Betriebsrat bei Gebr. Dörner getroffene Lohnabkommen zum 31. Dezember 1930 und forderte einen Lohnabbau von 5 Prozent. Eigentlich mußte der Syndikus, der doch sicher Jurist ist, wissen, daß er unserer Zahlstelle keinen Vertrag kündigen kann, den diese gar nicht abgeschlossen hat. Wir nehmen an, daß sich Dr. Roters über diesen Rechtsstandpunkt auch klar war. Wahrscheinlich huldigten aber er und Gebr. Dörner der Auffassung, daß die Gewerkschaften zum Lohnabbau gerade noch gut genug sind.

Unsere Zahlstelle Krefeld lehnte ganz entschieden ab, mit diesem Arbeitgeberverband für die Firma Gebr. Dörner ein Lohnabbaaabkommen zu treffen. Unser Geschäftsführer in Krefeld stellte sich auf den Standpunkt, daß die Firma beim Lohnabbau die Gewerkschaftsorganisation nicht gebraucht habe, insfolgedessen möge sie auch beim Lohnabbau, wie mit dem früheren König August von Sachsen zu reden, ihren Dreck allene machen. Und dieser Dreck wurde allein gemacht, und zwar mit dem Betriebsratsvorsitzenden Friz Wehres, der nicht nur Mitglied des christlichen Fabrikarbeiter-

verbandes, sondern auch eingeschriebenes Mitglied der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei ist.

Trotzdem die Arbeitszeit in diesem Betriebe nur Arbeiter nur 70 Pf. beträgt, hat dieser Nazi-Vorsitzende des Betriebsrates der Aufforderung des Arbeitgeberverbandes Rechnung getragen und mit diesem am 11. März 1931 einen neuen Lohnvertrag für die Firma Gebr. Dörner abgeschlossen, der dem von Dr. Roters geforderten Lohnabbau von 5 Prozent vollkommen Rechnung trägt, was er doch gar nicht nötig hatte.

Das Tollste ist, daß der Syndikus Dr. Roters den beiden Fabrikarbeiterverbänden in Krefeld ein vom 14. März 1931 datiertes Schreiben mit folgendem Inhalt zusandte:

„Anliegend überreichen wir Ihnen den Lohnkart für die obengenannte Firma in doppelter Ausfertigung mit der Bitte, uns ein Exemplar unterschrieben zurückzureichen.“

Wie Sie sehen, ist das Abkommen auch von dem Betriebsratsvorsitzenden unterschrieben worden.“

Sollen wir annehmen, daß der Herr Syndikus Dr. Roters in seinem früheren Militärverhältnis königlich preussischer Feldwebel war? Nur so wäre es zu verstehen, daß er sich einbildet, unseren Geschäftsführer in Krefeld einfach zur Unterzeichnung dieses Betriebsabkommens kommandieren zu können. (Ich glaube nicht, daß Herr Dr. Roters Jurist ist. Der Redakteur.)

Selbstverständlich lehnte unsere Zahlstelle die Unterzeichnung dieses Abkommens ab.

Der Angestellte des christlichen Fabrikarbeiterverbandes in Krefeld ließ seinen Funktionären bei Gebr. Dörner mitteilen, „daß auch er den Vertrag nicht unterschreiben könne, da es der rote Verband nicht getan habe“.

Die nationalsozialistisch versuchten christlichen Mitglieder zogen aus der Verweigerung dieser Unterschrift ihre Konsequenzen und traten aus dem christlichen Fabrikarbeiterverband aus. Infolgedessen besteht der Betriebsrat bei Gebr. Dörner heute nur noch aus Nationalsozialisten und Unorganisierten.

Die im Betrieb beschäftigten Kollegen unseres Verbandes aber haben diesen Verrat an der Arbeitererschaft und an den Gewerkschaftsorganisationen mit einem spöttischen „Heil Hitler!“ beantwortet.

Der Vorgang zeigt, daß die Unternehmer und die Verbandsführer ihrer Organisation in Betrieben, wo die Nationalsozialisten die Führung haben, einfach nur zu kommandieren brauchen, und diese sonderbare Sorte von Arbeitervertretern gehorcht. Mussolini mußte in Italien die Betriebsvertretungen wenigstens erst noch durch die Schaffung von Zwangsgewerkschaften beugen; in Deutschland aber rufen seine Nachfolger, die Nationalsozialisten, auf Kommando eines Arbeitgeber Syndikus vor dem „raffenden und schaffenden Kapital“ auf dem Barock. G. Stähler.

### Die Wirkung der Wirtschaftskrise auf die deutsche Papierindustrie.

Von G. Stähler (Hannover).

Nicht nur in der deutschen, sondern wahrscheinlich in der gesamten internationalen Papierindustrie dürfte die Auswirkung der Wirtschaftskrise noch nie so katastrophal gewesen sein wie zur Zeit. Nach Heino Castorf waren bis November 1930 von 718 deutschen Fabrikunternehmungen bereits 72 wegen Konkurses, Geldmangels und Absatzschwierigkeiten zum Stillstand gekommen. Fast allwöchentlich gehen uns weitere Meldungen von Betriebsstilllegungen aus ähnlichen Ursachen zu.

#### Rückgang der Produktion.

Nach den Ermittlungen des Instituts für Konjunkturforschungen ist die Erzeugung von Papier und Pappe im Jahre 1930 um 7 Prozent gegenüber dem Vorjahre zurückgegangen. Die Zeitungsdrukpapier-Industrie, die ungefähr 25 Prozent der deutschen Papierproduktion umfaßt, hatte einen Rückgang um 3 Prozent zu verzeichnen. Infolge der sich immer stärker bemerkbar machenden Störungen auf dem Baumarkt ist der Verbrauch an Papierfächern gewaltig zurückgegangen. Diese Tatsache findet ihren Ausdruck darin, daß die Spinn- und Sackpapierfabrikation einen Produktionsrückgang von 34 Prozent im Jahre 1930 gegenüber dem Jahre 1929 zu verzeichnen hat.

Mit Ausnahme der Erzeugung von Chromo-Ersatzkarton, der sich als Verpackungsmaterial immer größerer Beliebtheit erfreut, hat auch die übrige Papierindustrie einen Rückgang der Produktion zu verzeichnen.

Nicht anders liegen die Verhältnisse in der Papierverarbeitungindustrie. Für die Tapetenindustrie meldet das Institut für Konjunkturforschung, daß infolge der Verminderung von Neubauwohnungen und Verkleinerung der Wandfläche der mengenmäßige Inlandsverbrauch im Jahre 1930 gegenüber dem Vorjahre um rund 14 Prozent abgenommen hat.

In der Papierfabrikation setzte der Produktionsrückgang im März und in der Pappfabrikation im April 1930 ein und stieg in beiden Fabrikationszweigen bis Ende des Jahres fast von Monat zu Monat. Über diese Produktionsabnahme gibt der Produktionsindex des Instituts für Konjunkturforschung, den wir nachstehend für die Jahre 1929 und 1930 folgen lassen, Auskunft. Hierbei ist zu beachten, daß die arbeitsfähige Produktion von Monat Juli 1924 bis Monat Juni 1926 den Berechnungen dieses Produktionsindexes 100 zugrunde gelegt ist.

Monat	Rohpapier		Papier		Pappe	
	1929	1930	1929	1930	1929	1930
Januar	134,7	137,8	128,5	128,6	128,5	128,6
Februar	130,8	133,2	116,6	126,2	116,6	126,2
März	133,8	132,1	122,2	126	122,2	126
April	135,1	130,1	136,8	129	136,8	129
Mai	138,1	128,8	141,5	129,6	141,5	129,6
Juni	138,1	129,1	138,8	135	138,8	135
Juli	134,8	121,1	137	115,8	137	115,8
August	132,5	117,8	131	115,3	131	115,3
September	130,6	117,6	125,9	114,7	125,9	114,7
Oktober	134	119,1	14,9	113,2	14,9	113,2
November	138	121,9	16,1	120,7	16,1	120,7
Dezember	135,6	120,6	15	116,1	15	116,1

Der Außenhandel mit Papier.

Verkäufte wurden die Produktionschwierigkeiten durch die Einwirkungen der internationalen Wirtschaftskrise auf dem Weltmarkete. Schon vor dem Weltkrieg war die deutsche Papiererzeugungsindustrie zur vollen Ausnutzung ihrer Betriebe darauf angewiesen, 20 bis 25 Prozent ihrer Erzeugung auf dem Weltmarkete abzusetzen.

Statt dessen ist die deutsche Papierausfuhr im Jahre 1930 um 17 Prozent gegenüber dem Jahre 1929 zurückgegangen, während umgekehrt die Papiereinfuhr im gleichen Zeitraum um 25,4 Prozent stieg.

Nach den Ermittlungen des Instituts für Konjunkturforschung betrug die Ausfuhr, gemessen an der deutschen Produktion, im

Table with 3 columns: Jahr, Rohpapier, Rohpappe. Rows for years 1927, 1928, 1929, 1930.

Die Druckpapier-Ausfuhr.

Gegenüber dem Jahre 1929 sank die deutsche Druckpapier-Ausfuhr im Jahre 1930 um rund 20 Prozent und blieb damit sogar noch etwas unter der Ausfuhr des Jahres 1928.

Table with 5 columns: Jahr, Ausfuhr in dz, Ausfuhrwert in RM, Auslandspreis je dz in RM, Inlandspreis je dz in RM. Rows for years 1925, 1926, 1927, 1928, 1929, 1930.

Bei den erzielten Preisen je Doppelzentner muß allerdings beachtet werden, daß wir als Inlandspreis nur den Rollenpapierpreis eingeseht haben, während sich im Ausfuhrpreise neben dem Rollenpapierpreis auch der höher gelegene Formatpapierpreis mit befindet.

Die Holzmasse-Einfuhr.

Die Einfuhr von Holzschliff und Zellstoff gestaltete sich vom Jahre 1925 bis zum Jahre 1930 folgendermaßen:

Table with 4 columns: Jahr, Einfuhr, Einfuhrwert in RM, Einfuhrwert je Tonne in RM. Rows for years 1925, 1926, 1927, 1928, 1929, 1930.

Die Holzmasse-Ausfuhr.

Demgegenüber gestaltete sich in den gleichen Jahren die Ausfuhr von Holzschliff und Zellstoff wie nachstehend.

Table with 4 columns: Jahr, Ausfuhr, Ausfuhrwert in RM, Ausfuhrwert je Tonne in RM. Rows for years 1925, 1926, 1927, 1928, 1929, 1930.

Bemerkenswert ist, daß gegenüber dem Jahre 1929 die Einfuhr zurückgegangen, dagegen die Ausfuhr im Jahre 1930 gestiegen ist. In sämtlichen Jahren lagen die von Deutschland erzielten Ausfuhrwerte je Tonne Holzmasse über den vom Ausland in Deutschland erzielten Einfuhrwerten.

Verschiedene Industrien

Die Heimarbeit 1930 im Zuständigkeitsbereich unserer Organisation.

Heimarbeit hat unsere Organisation zu vertreten in der Spielwaren-, Kunstblumen-, Karneval-, Festartikel-, Wapp-, Gummi-, Konfekt-, Glas- und Porzellanindustrie.

Die Heimarbeit ist im Berichtsjahre teilweise benutzt worden zum Lohndruck. Durch überlange Arbeitslosigkeit würde gewordene Heimarbeiter nahmen vielfach den Lohndruck unwillkürlich hin. Gedrückte Löhne in der Heimindustrie wirken hemmend auf die Löhne der Betriebsarbeiter.

Die vom Präsidenten der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung am 18. Oktober 1930 erlassene Verordnung über die Erwerbslosenversicherung von Hausgewerbetreibenden und Heimarbeitern hat den Lohndruck Vorstoß geleistet. Nach der Verordnung ist ver-

- 1. die Beschäftigung von Ehefrauen als Hausgewerbetreibende oder Heimarbeiterin, soweit durch diese Beschäftigung nicht mehr als 12 RM wöchentlich verdient werden;
2. die Beschäftigung von Hausgewerbetreibenden und Heimarbeitern, die mehr als zwei familienangehörige Arbeitskräfte über 14 Jahre oder mehr als eine familienfremde Arbeitskraft als Hilfskraft beschäftigen. Weiter ist verordnet, daß für eine in der Gemeinschaft des Hausgewerbetreibenden oder Heimarbeiters lebende und arbeitende Person, die arbeitslos wird, die Arbeitslosenunterstützung verweigert werden kann.

Die Auswirkung dieser Verordnung, die sich bereits in der Praxis gezeigt hat, ist:

- 1. noch größere Not und Entbehrung in der Heimindustrie wie in der Vergangenheit und jetzt;
2. rücksichtsloser Lohndruck und selbstmörderische Lohnunterbietung in erhöhtem Maße;
3. Ausschaltung hauptsächlich solcher Hausgewerbetreibenden und Heimarbeiter(innen) aus dem Produktionsprozeß, soweit sie noch versicherungspflichtig sind.

Während früher in geschäftslauer Zeit der Hausgewerbetreibende mit fremden Hilfskräften in der Lage war, durch den Bezug von Arbeitslosenunterstützung sich einigermaßen über Wasser zu halten, muß er jetzt versuchen, unter allen Umständen tätig zu werden. Das ist zwar in der Zeit riesengroßer Erwerbslosigkeit nicht leicht oder doch nur zu sehr niedrigen Entgelten. Dazu kommt Gewährung von Lagerabbatt, der in der Regel 5-10 Prozent beträgt.

Nicht genug damit, daß die Verordnung vom 18. Oktober 1930 sehr großes Unrecht in die Hausgewerbetreibenden- und Heimarbeiterkreise gebracht hat, soll dieses Unrecht in der Auslegung der Verordnung noch vergrößert, anstatt gelindert werden. Es war die Frage aufgeworfen, wie die Versicherungspflicht der Hausgewerbetreibenden und Heimarbeiter beim Zusammentreffen von familienangehörigen und familienfremden Hilfskräften zu beurteilen ist. Der Präsident der Reichsanstalt hat in einem Schreiben vom 15. Dezember 1930 in der Beilage zum „Reichsarbeitsmarktanzeiger“, Nr. 29, darüber folgendes zum Ausdruck gebracht:

Hitler für Sklaverei der Arbeiter.

„Mit welchem Recht verlangen die Arbeiter und Angestellten Anteil am Besitz oder gar an der Leitung der Betriebe? Der Unternehmer, der die Verantwortung für die Produktion trägt, der schafft auch den Arbeitern Brot. Gerade unseren großen Unternehmern kommt es nicht auf das Zusammenraffen von Geld an, auf Wohlleben usw., sondern ihnen ist die Verantwortung und die Macht das Wichtigste. Sie haben auf Grund ihrer Tüchtigkeit und auf Grund dieser Auslese, die wiederum nur die höhere Rasse beweist, das Recht, zu führen. Daß man nun einen unfähigen Regierungsrat oder gar einen Betriebsrat, der von nichts eine Ahnung hat, mitreden läßt, das wird sich jeder Wirtschaftsführer verbitten.“

Aus einer Rede Hitlers.

Nach Artikel 1 Absatz 2 der Verordnung über die Arbeitslosenversicherung der Hausgewerbetreibenden und Heimarbeiter soll die Versicherungspflicht nur so lange bestehen, als die Beschäftigung von Hilfskräften ein gewisses Maß nicht übersteigt. Versicherungspflichtig ist der Heimarbeiter nur bei Beschäftigung von höchstens einer familienfremden oder zwei familienangehörigen Hilfskräften. Mithin geht die Beschäftigung von ein oder zwei familienangehörigen Hilfskräften neben einer familienfremden Hilfskraft bereits über die Grenze der Versicherungspflicht hinaus und zieht die Versicherungsfreiheit nach sich.

Der Auffassung des Präsidenten der Reichsanstalt muß widersprochen werden. Wer zwei familienfremde oder drei familienangehörige Hilfskräfte beschäftigt, ist nach der Verordnung versicherungsfrei. Die Voraussetzung der Versicherungsfreiheit ist aber nicht erfüllt, wenn neben nur einer familienangehörigen Hilfskraft eine fremde Hilfskraft beschäftigt wird. Durch diesen Umstand müssen die beschäftigten Hausgewerbetreibenden noch länger als früher arbeiten und die versicherungspflichtigen Hausgewerbetreibenden und Heimarbeiter bleiben dauernd erwerbslos.

In der Spielwarenindustrie wird die Heimarbeit in den letzten Jahren, insbesondere aber im Berichtsjahr, gegen die Betriebsarbeiter ausgenutzt. Die Eigenart der Spielwarenindustrie läßt es zu, daß in der Heimarbeit dieselben Waren und mit denselben Produktionsmitteln hergestellt werden können wie im Betriebe. Durch schrankenlose Arbeitszeit und weitestgehende Ausbeutung der Familienangehörigen wird die Heimarbeit billiger als die Arbeit im Betriebe. Das nützen die Verleger reichlich aus. Die Betriebe gehen daher zurück und das soziale und wirtschaftliche Elend vergrößert sich, insbesondere auch in der Heimindustrie. Während früher der Heimarbeiter durch neue Ideen die Industrie förderte, wird er gegenwärtig nur dazu benutzt, durch immer billigere Arbeit Anstriche zu erledigen. Das muß zum Ruin der Industrie führen.

In der Masken-, Karneval- und Festartikelindustrie liegen die Verhältnisse in der Heimarbeit ähnlich wie in der Spielwarenindustrie. Die Not im Wirtschaftsjahre 1930 wirkte heftig auf den Absatz bei Karnevalsvergangen und anderen Festlichkeiten. Das hatte zur Folge, daß die Arbeitsansprüche für die in besagter Industrie beschäftigten Heimarbeiter weiser zurückgingen.

Zur Tarifpolitik in der Spielwaren-, Masken-, Karneval- und Festartikelindustrie ist zu berichten: Für die Spielwarenindustrie kommen 5 Tarifverträge über die Entgelte in Frage, und zwar zwei für die Drucker, je einer für die Stämmer-, Ratschen- und Spielfachmacher. Zur Lohnregelung für die verschiedenen Gruppen der Heimarbeit in der hessischen und fränkischen Spielwarenindustrie sind an die Fachverbände eine Reihe Anträge gestellt. Am Schluß des Berichtsjahres waren die Anträge noch nicht erfüllt. Lediglich Vorarbeiten sind vorgenommen, die zur Entgeltregelung führen sollen.

Masken-, Karneval- und Festartikelindustrie: über den Abschluß eines Arbeitszeitschemenarbeits für die Masken-Heimarbeiter: Sowohl nach Verhandlungen vor dem Fachverband, die Arbeitgeber haben bestritten, daß in der Maskenindustrie offenbar unzulängliche Entgelte (§ 20,

Ziffer 3, N.O.) gezahlt werden. Es wurde deshalb zur Prüfung eine Kommission eingesetzt. Die Kommission ist zu dem Ergebnis gekommen, daß „offenbar unzulängliche Entgelte“ in der Maskenindustrie nicht gezahlt würden. Das Ergebnis der Kommission beruht auf der Grundlage des § 149 N.O. betr. ortsübliche Löhne und ist deshalb als falsch anzusprechen. Gegen die Auffassung der Kommission haben wir uns gewandt und sind auch bei den Behörden vorstellig geworden. Eine Entscheidung ist bis jetzt nicht gefallen. Bei Ermittlungen von unzulänglichen Entgelten in der Heimindustrie können die ortsüblichen Tagelöhne, § 149 N.O., keineswegs zugrunde gelegt werden, sondern die üblichen Ortslöhne. Das ist unsere Auffassung. Diese Auffassung wird auch von Kommentatoren des Hausarbeitsgesetzes vertreten.

Im Mai 1929 hat der Gesamtschuss für die Karneval- und Festartikelindustrie Stundenlöhne für die Heimarbeit dieser Industrie festgesetzt. Gleichzeitig wurde den Parteien aufgegeben, auf der Grundlage der Stundenlöhne einen Arbeitszeitschemenarbeits aufzubauen und dem Gesamtschuss zur Beschlußfassung vorzulegen. Im Berichtsjahre wurde durch die beteiligten Arbeitgeber und Arbeitnehmer ein solcher Arbeitszeitschemenarbeits beraten und in zwei Teile vereinbart. Die Vereinbarungen wurden am 23. September und am 13. Dezember des Berichtsjahres getätigt und an den gleichen Tagen vom Gesamtschuss für die Karneval- und Festartikelindustrie für allgemeinverbindlich erklärt. Der Geltungsbereich des Tarifvertrages über die Entgelte ist das Deutsche Reich. Durch die Vereinbarungen und Beschlüsse des Gesamtschusses ist damit der erste Reichstarif über die Entgelte für eine Heimarbeitergruppe geschaffen worden.

Der Arbeitszeitschemenarbeits ist ein Akkordtarif. Er wurde für die Heimarbeit gewählt, weil durch ihn die Entlohnung gerechter als früher gestaltet werden kann. Der Arbeitszeitschemenarbeits teilt die einzelnen Arbeitsgänge auf, die der Heimarbeiter oder die Heimarbeiterin zu verrichten hat, und setzt die dafür notwendige Arbeitszeit fest, um sie dann in die als Grundlage zur Berechnung des Arbeitszeitschemas geltenden Stundenlohngruppe einzureihen. H. Klein.

Berichte aus den Zahlstellen.

Homburg (Niederrhein), Zahlstelle Krefeld.

Am 1. April d. J. blickt ein alter, treuer Kämpfer, Fritz Kirchhoff (Homburg), auf eine 40jährige Mitgliedschaft gewerkschaftlicher Organisation zurück. In den Zentralverband Deutscher Böttcher trat unser Freund in Steffin der Organisation bei. Fast ununterbrochen bekleidete er im Böttchertum auch nach Übertritt in den Fabrikarbeiter-Verband Vertrauensposten. Ob Fritz Kirchhoff im In- oder Ausland tätig war, immer wußte er in sachlicher, ruhiger Art sich für die Bestrebungen der Organisation einzusetzen, und immer mit den besten Erfolgen. Als langjähriger Betriebsratsvorsitzender und als Vorstandsmitglied der Ortskrankenkassen Steffin und Homburg wußte dieser stille, aber zähe Kämpfergenosse mit Rat und Tat zu wirken. Nicht nur innerhalb der Organisation, sondern auch in den Reihen der SPD. stand Fritz Kirchhoff mit an erster Stelle. Die Freuden und Leiden des Niederganges und Aufstiegs der SPD. noch zur Zeit des Sozialistengesetzes ließen ihn immer zäher und gefestigter werden, so daß wir Jüngeren nur mit Achtung und mit dem Wunsche, ihm in der Kampfweise ähnlich zu werden, herzliche Glückwünsche übermitteln. Lembrecht.

Rundschau.

Bolschewistisch-kapitalistisch.

Die verantwortungslosen kommunistischen Abenteurer von Halle und Merseburg haben auch dem Konsumverein Gotha ein gleiches Schicksal bereitet, ihn nämlich dem Privatkapitalismus überantwortet. Wie in Halle, so hat auch in Gotha eine privatkapitalistische Interessengemeinschaft die kommunistisch heruntergewirtschaftete Genossenschaft in die Hände bekommen, obwohl der zuständige Revisionsverband organisatorische und materielle Vorschläge zur Rettung der Genossenschaft gemacht hatte. Die Freyer von Halle wollten die Zerstörung auch in Gotha, und eine bebauernde, besörte Gefolgschaft ging blind in die Schicksalsgemeinschaft von Halle. Der ganze Jammer jenes irrsinnigen Treibens mag aus den Ausführungen hervorgehen, mit denen der Vertreter Moskaus, der Bankrottent von Halle, Erlinger, die Privatkapitalisten in einer Gläubigerversammlung umschmeichelte:

„Sie, meine Herren, müssen uns auch als die Exponenten des Kapitals gegen die Vormachtstellung der GGB. in den deutschen Genossenschaften betrachten. Dankbar sollen sie uns sein, daß wir versuchen, diesen Kampf mit der größten Rücksichtslosigkeit durchzuführen, der nur einzig und allein den Privatkapitalisten die Möglichkeit wiedergibt, an die deutschen Genossenschaften heranzukommen. Dazu allerdings ist notwendig, daß man auch etwas ins Geschäft steckt. Hier in Mitteldeutschland ist es der U.K.V. Halle, der diesen Kampf für die gesamte revolutionäre Genossenschaftsbewegung führt. Dafür sollten sie uns dankbar sein und nicht etwa mit Angriffen gegen uns herauskommen usw.“

Gibt es ein größeres Verbrechen als diesen unerhörten Kampf gegen die mit so unendlich vieler Mühe aufgebauten Eigenbetriebe der deutschen Genossenschaften?

Verbandsnachrichten.

Ausgeschlossen

wurden gemäß § 14 Ziffer 3a in Verbindung mit § 14 Ziffer 5 des Verbandsstatuts die bisherigen Mitglieder der Zahlstelle Eisenberg i. Th.: Franz Baumann, Mitgl.-Nr. 916 379, Max Böhm, Mitgl.-Nr. 41 737, Erich Ludwig, Mitgl.-Nr. 570 071; gemäß § 14 Ziffer 3a und b in Verbindung mit § 14 Ziffer 5 des Verbandsstatuts die bisherigen Mitglieder der Zahlstelle Jauerburg: Franz Werner, Mitgl.-Nr. 809 333, Fritz Robinski, Mitgl.-Nr. 852 503.

## Chemische Industrie

### Die Reichsknappschaff.

Die Pensionsversicherung der Reichsknappschaff befindet sich seit längerer Zeit in finanziellen Schwierigkeiten. Der Geschäftsabschluss für das Jahr 1930 zeigt eine Unterbilanz von ungefähr 100 Millionen Mark. Der Vorstand der Reichsknappschaff gibt bekannt, daß er für den Monat April die fälligen Pensionen und Gehälter nur in sehr beschränktem Umfang auszahlen könne, falls es nicht gelingen sollte, in aller nächster Zeit weitere Zuschüsse vom Reiche in ausreichender Höhe oder Lombardkredite zu bekommen.

Der Sozialpolitische Ausschuss des Reichstages beschäftigt sich deshalb seit längerer Zeit mit der Sanierung der Knappschaff. Zu irgendwelchen positiven Maßnahmen ist es jedoch bis jetzt nicht gekommen. Der Reichsarbeitsminister erklärte, daß die Unternehmer und Arbeiter im Bergbau keine 85 bis 100 Millionen Mark zur Sanierung der Knappschaff aufbringen könnten. Es sei zwar richtig, daß heute zwei Förderleute soviel leisten wie früher drei, doch sei es aus wirtschaftlichen und finanziellen Gründen für das Jahr 1931 nicht möglich, daß „der eiserne Bergmann“ zu einer Beitragsleistung zur Knappschaff herangezogen wird. Nach den Ausführungen von Herrn Dr. Grieser sieht das Reichsarbeitsministerium zur Sanierung der Knappschaff nur folgenden Weg:

1. 40 Millionen Mark garantiert das Reich;
2. allgemeines Notopfer durch die Invalidenversicherung;
3. ein Opfer der Angestellten für ein Jahr durch die Angestelltenversicherung;
4. ein kleines Opfer der Bergarbeiter selbst.

Das Reich will also 40 Millionen Mark dem Staatsfiskus entnehmen, die durch Steuern irgendwelcher Art aufgebracht werden müssen. Dann fehlen aber immer noch 60 Millionen Mark. Nach dem Vorschlag des Reichsarbeitsministeriums käme dafür die Invaliden- und Angestelltenversicherung in Betracht. Diese Versicherungszweige werden bei ihren angespannten Finanzen von diesem Vorschlag nicht besonders erbaunt sein. Hoffentlich geht das nicht auf Kosten verminderter Leistungen dieser Versicherungen; denn an eine Beitragserhöhung dürfte wohl nicht zu denken sein. Was nun das „kleine Opfer der Bergarbeiter“ anbetrifft, so können wir uns auch in diesem Falle nicht denken, daß eine Beitragserhöhung zur Pensionsversicherung vorgenommen werden soll. Wird der Vorschlag des Reichsarbeitsministeriums durchgeführt, dann kann das Opfer für die Bergarbeiter nur eine verminderte Leistung der Pensionskasse bedeuten. Erfolgt eine Verminderung der Leistungen, dann sind Pflichten und Leistungen der Pensionskasse nicht mehr miteinander in Einklang zu bringen und das Interesse an der knappschafflichen Versicherung läßt nach. Es kommt hinzu, daß diese Vorschläge nur ein Notbehelf zur augenblicklichen Sanierung sind. Wenn nicht andere durchgreifende Maßnahmen durch die Regierung vorgenommen werden, dann wird die Reichsknappschaff in Zukunft immer wieder in diese Kalamitäten geraten.

Es gibt nur zwei Wege, die Knappschaff lebensfähig zu erhalten. Der eine ist eine wesentliche Verkürzung der Arbeitszeit im Bergbau, damit mehr Arbeiter eingestellt und dadurch die Zahl der Beitragszahler eine größere wird. Die Arbeitsleistungen im Bergbau haben sowohl unter als auch über Tage innerhalb der letzten Jahre eine so gewaltige Steigerung erfahren, daß eine Verkürzung der Arbeitszeit ohne weiteres durchgeführt werden könnte. Bei der Einstellung der Unternehmer aber wird es damit noch gute Weile haben, weil angeblich die Lösung dieses Problems nur auf internationalem Wege möglich ist. Dann bleibt noch ein anderer Weg und der dürfte der richtigere sein, nämlich die Sanierung der Knappschaff durch eine besondere Abgabe der Unternehmer je Tonne des geförderten Produkts.

Schon bei den Beratungen zur Knappschaffsnovelle im Jahre 1925 haben wir darauf hingewiesen, daß mit der fortschreitenden Technik im Bergbau die Zahl der Arbeiter dauernd zurückgehen wird, wobei Zwangspensionierungen nicht ausbleiben können. Diese Tatsachen liegen heute vor. Die Zahl der im Bergbau Beschäftigten ist von annähernd 1 Million im Jahre 1926 auf rund 600 000 im Jahre 1930 zurückgegangen. Im Jahre 1926 kamen auf 3,36 Beschäftigte eine Pensionseinheit. Heute muß dieselbe von 2,16 Arbeitern aufgebracht werden. Dazu werden immer noch Entlassungen und Kältelegungen aus dem Bergbau gemeldet. Der Knappschaff werden dadurch weitere Beitragszahler entzogen, so daß es schließlich zur Katastrophe kommen muß, wenn nicht durchgreifende Maßnahmen seitens der Regierung ergriffen werden.

Wir haben keine Ursachen, in dieser Situation noch auf besondere Mängel hinzuweisen, um die Situation noch zu verschärfen. Jedoch begrüßen wir es mit Genugtuung, daß sich jetzt die Stimmen mehren, welche unsere schon seit Jahren hervorgehobene Auffassung vertreten, daß für die besonderen Bergschaffverfahren im Bergbau nicht dadurch ein Ausgleich gesucht werden kann, daß man den Kreis der knappschafflich Versicherten immer größer zieht, sondern daß zur Deckung des Risikos für diese Bergschaffverfahren die Unternehmer im Bergbau durch Beiträge je Tonne des geförderten Produkts herangezogen werden müssen.

Wie wir noch nachträglich erfahren, ist eine Einigung über die Sanierung der Knappschaff im Sozialpolitischen Ausschuss des Reichstages nicht zustande gekommen. Die Regierung hat entsprechende Summen zur Verfügung gestellt, um die Pensionen für die nächste Zeit sicherzustellen. Vermutlich wird jetzt die Sanierung der Knappschaff durch eine Notverordnung gemäß Artikel 48 der Reichsverfassung erfolgen. Was wird sie den Arbeitern im Bergbau bringen? In dem Vorschlag der Regierung lesen wir zwar von einem „kleinen Opfer der Bergarbeiter“, dagegen ist nichts davon gesagt, daß auch die Unternehmer durch entsprechende Leistungen zu dieser

Sanierung herangezogen werden sollen. Danach kann man sich ungefähr denken, wie die Notverordnung aussehen wird.

**Konferenz der Betriebsräte der Kali-Chemie AG.**  
Am Sonntag, dem 22. März 1931, fand in Hannover eine Konferenz für die Betriebsräte der Kali-Chemie AG. mit folgender Tagesordnung statt:

1. Die wirtschaftliche Lage der Kali-Chemie AG. Referent: Kollege Gustav Haupt (Hannover).
  2. Die Entsendung von Betriebsräten in den Aufsichtsrat. Referent: Kollege Otto Adler (Hannover).
  3. Aufstellung der Kandidaten zur Aufsichtsratswahl.
- An der Konferenz nahmen außer unseren Vertretern Delegierte des Bergarbeiterverbandes und des Metallarbeiterverbandes teil. Kollege Adler leitete die Konferenz.



Im Jahre 1927 sind bei den berufsgenossenschaftlich versicherten Betrieben 111 435 Unfälle durch Fall von Personen von Leitern, aus Laken und dergleichen vorgekommen. 655 Unfälle davon endeten tödlich! — Trotz aller Warnungen und Mahnungen ist die Zahl der Unfälle für das Jahr 1928, das letzte Berichtsjahr des Reichsversicherungsamtes, über das abgeschlossene Zahlen vorliegen, auf 125 753 gestiegen; die Zahl der Todesfälle betrug 657. Aus diesen erschreckend hohen Zahlen sieht man, daß nicht nur Maschinen, Transmissionen, explodierende Gase, Grubenkatastrophen usw. schuld sind an der noch immer viel zu großen Zahl von Unfällen. Vielmehr bergen auch die scheinbar einfachsten und harmlosesten Beschäftigungen des täglichen Lebens und der alltäglichen Arbeit nicht zu unterschätzende Gefahren, wenn Unachtsamkeit, Nachlässigkeit und Rüksicht außer acht gelassen werden. Die schlechte Anwesenheit, auf wackelige Schmel- oder ungesicherte Leitern zu steigen, sollte in jeder Familie, in jedem Gewerbe- oder Geschäftsbetrieb ganz energisch ausgerottet werden!

Zu Punkt 1 der Tagesordnung führte Kollege Haupt etwa aus: Die Lage der chemischen Industrie läßt zur Zeit kein einheitliches Bild über den tatsächlichen Stand der Betriebe gewinnen. Das trifft in besonderem Maße für die Kali-Chemie AG. zu. Das Produktionsprogramm dieses Unternehmens umfaßt Natriumchlorid, Schwefelsäure, Buntfarben u. a. Redner schildert die Entwicklung, den Aufbau und die Konzentration der Kali-Chemie AG. an treffenden Beispielen und geht auf die Geschäftsergebnisse der einzelnen Werke ein. Die Hauptkonzentrationsperiode fällt in die Zeit des Zusammenschlusses der Rhénania-Kunheim mit den Heigl-Berliner Betrieben. In den letzten 3 1/2 Jahren sei die Fusion vollendet worden mit dem Resultat, daß an Stelle der früher beschäftigten 3500 Arbeiter nur noch 2500 Arbeiter vorhanden sind. Die Rationalisierungsmaßnahmen des Unternehmens zeitigten eine sehr große Leistungssteigerung in den einzelnen Werken. Die Rationalisierung hat die erwarteten Ergebnisse erzielt. Bis Mitte des Jahres 1931 soll das Rationalisierungsprogramm durchgeführt sein. Die Firma erwartet, daß dann eine „angemessene“ Verzinsung des Stammkapitals erzielt werde. Hervorgehoben sei, daß die Schwefelsäurefabrik in Oberhausen auf eine Leistung von 80 000 Tonnen Schwefelsäure ausgebaut wurde. Hierzu waren 6 Millionen Mark erforderlich, die aus Eigenkapital des Unternehmens bereitgestellt wurden mit dem Erfolg, daß die Schwefelsäureproduktion in diesem Werke um 200 Prozent gesteigert werden konnte. Aus allen Werken werden befriedigende Betriebsresultate gemeldet.

In der folgenden Diskussion ergänzten die Kollegen Hilpmann, Kleingah, Schoch, Schreiber, Steinbrink, Pries, Leder, Krigar, Heyn das vom Referenten vorgelegte Material durch Schilderungen aus den einzelnen Betrieben. Zu Punkt 2 der Tagesordnung sprach Kollege Adler über die Entsendung von Betriebsräten in den Aufsichtsrat. Redner geht auf die Tätigkeit der Betriebsräte im Aufsichtsrat ein. Den Unternehmern ist diese Tätigkeit sehr unerwünscht. Nach Anweisung der Spitzenverbände der Arbeitgeber versucht man deshalb wichtige Beratungen und Beschlussfassungen in kleinen Kommissionen und Ausschüssen zu erledigen, zu denen der Arbeitervertreter keinen Zutritt hat. Das Recht der Einsicht in die Geschäftsführung, in die Bilanzabschlüsse, in die Gewinn- und Verlustrechnungen kann jedoch den Arbeitervertretern nicht verwehrt werden. Die Tätigkeit des Arbeitervertreters im Aufsichtsrat darf sich nur auf einen bestimmten Aufgabenkreis erstrecken. Er kann nicht Generalvollmächtigter für die Arbeiterschaft in allen möglichen Fragen sein. Nur die allerwichtigsten Kollegen sind für dieses Amt geeignet.

Anschließend folgte zu Punkt 3 der Tagesordnung eine eingehende Aussprache über die Kandidatenaufstellung, wobei zwischen den Vertretern der anwesenden Organisationen eine Verständigung erzielt wurde, welche die einstimmige Billigung der Konferenz fand. Vorgelegte Kandidaten wurden als Kandidaten für die Aufsichtsratswahlen:

1. Kollege Krigar (Berlin), Werk Ranne.
2. ein Vertreter des Bergbauindustriearbeiterverbandes. (Nennung erfolgt durch die Organisationsleitung).
3. Kollege Jensen (Brunsbüttelkoog), Werk Brunsbüttelkoog.

Am Schluß der Konferenz konnte Kollege Segerer feststellen, daß im Interesse der Organisation und im Interesse der Kollegen der Kali-Chemie AG. gute Arbeit geleistet worden sei. Die Referate sowohl als auch die Aussprache gaben den einzelnen Kollegen aus den Betrieben einen guten Überblick über den Stand des Unternehmens, ebenso wurde Einigung über die Aufsichtsratswahl mit den mitbeteiligten Verbänden erzielt, so daß auch hier zufriedenstellende Verhältnisse geschaffen wurden.

## Nahrungsmittel-Industrie

### Geschäftsabschlüsse aus der Nahrungsmittelindustrie.

Die Allgemeine Maggi-Gesellschaft mit dem Stammhaus in Remptal (Schweiz) sagt in ihrem Geschäftsbericht für das Jahr 1929/30, daß die Gesellschaft im allgemeinen wieder befriedigend gearbeitet habe. Das Aktienkapital beträgt 12 Millionen Schweizer Franken. Der Hauptbetrieb der Maggi-Gesellschaft ist die Maggi-G. m. b. H. in Singen mit dem Hauptbüro in Berlin. Diese hat ein Stammkapital von 13 Millionen Reichsmark. Außerdem hat die Gesellschaft noch zwei Unternehmen in Frankreich, wovon sich das eine in erster Linie mit dem Verkauf von Milch, Butter, Käse, Eiern und anderen Nahrungsmitteln befaßt. Die Maggi ist also nicht nur an dem Verkauf ihrer selbsthergestellten Produkte, sondern auch an dem Verkauf anderer Nahrungsmittel interessiert. Ferner besteht ein weiteres Unternehmen in Brüssel. Das Aktienkapital beträgt 2 Millionen belgische Franken. Ein weiteres Unternehmen ist die Maggi-Gesellschaft in Bregenz und Wien mit einem Aktienkapital von 5 1/2 Millionen Schilling. Endlich gehört zu der Gesellschaft noch eine Immobilien-Gesellschaft in Berlin mit einem Stammkapital von 300 000 Mark. Es handelt sich also bei der Firma Maggi um ein weitverzweigtes Unternehmen. Über das Ergebnis der einzelnen Unternehmen im abgelaufenen Geschäftsjahre wird gesagt: Die Fabrik in Remptal hatte wieder einen guten Umsatz. Die Maggi-G. m. b. H., Berlin-Singen, konnte im abgelaufenen Jahre ihren Absatz erhöhen. Auch die Umsätze der französischen Unternehmen sind im abgelaufenen Jahre günstig gewesen. In Österreich konnte der U. S. des letzten Jahres gehalten werden. Der Abschluß ermöglichte die Ausschüttung einer bescheidenen Dividende. Auch die beiden Immobilien-Gesellschaften in Paris und Berlin arbeiteten infolge Lockerung der Mietverhältnisse zufriedenstellend.

Die Gesamtbilanz der Gesellschaft schließt am 31. März mit 53 990 770 Franken = 43 192 618 Reichsmark ab. Die Gesellschaft verteilte eine Dividende von 5 Prozent und eine Superdividende von 4 Prozent, insgesamt also 9 Prozent. Außerdem wird auf ein Genussscheinkapital von 4 800 000 Frank eine Dividende von 10 Prozent verteilt. Das gesamte Aktienkapital einschließlich Genussscheinkapital beträgt 28 800 000 Frank. Die Firma verfügt über einen ordentlichen Reservefonds von 2 400 000 Frank und einen außerordentlichen Reservefonds von 4 000 000 Frank. Die Vorschläge des Vorstandes sind mit einigen Abänderungen von der Gesellschafter-Versammlung angenommen.

Der Gesamtabschluss zeigt ein durchaus günstiges Bild. Alle Unternehmen haben günstig gearbeitet, wenn auch bei einem Unternehmen bemerkt wird, daß es nur eine bescheidene Dividende abgeworfen habe. Die Maggi-Gesellschaft stellt in erster Linie Produkte her, die von der großen Masse verbraucht werden. Oft werden ihre Erzeugnisse als Ersatz für andere Nahrungsmittel verwendet, weil sie infolge ihrer Herrichtung schneller zubereitet werden können. Die Firma Maggi hat also an dem Massenverbrauch auch im Jahre 1929/30 ein gutes Stück Geld verdient. Hoffentlich denkt die Leitung dieser Gesellschaft auch daran, ihrer Arbeiterchaft befriedigende Lohn- und Arbeitsbedingungen zu gewähren.

E. Senkfeld.

## Genossenschaftsbewegung.

### Konsumgenossenschaften und Wettbewerbsrecht.

Der Konsumverein Eisenach hat in einer Klage gegen die Kampfgewerkschaft der Hilferbewegung in Thüringen, „Der Nationalsozialist“, bei dem Oberlandesgericht in Jena ein obliegenden Urteil erstritten. In dem Prozeß handelte es sich um die Frage, ob der Konsumverein es verhindern kann, daß die nationalsozialistische Zeitung Namen von Mitgliedern unter Hinzufügung absälliger Bemerkungen veröffentlicht, um diese Mitglieder anzuprangern und zum Austritt aus der Genossenschaft zu veranlassen. Das Oberlandesgericht hat die Frage bejaht und den „Nationalsozialist“ zur Unterlassung verurteilt.

## Literarisches.

„Die Arbeit“. Zeitschrift für Gemeindeforschung und Wirtschaftskunde. Herausgeber Theodor Keipert. Schriftleiter Arthur Erdmann. Heft 3, 1931. Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, G. m. b. H., Berlin S 14. Abonnementpreis vierteljährlich 3,00 Mk., für Gewerkschaftsmitglieder 2,25 Mk.

Eros im Stachelbräu. 17 Viehes- und Lebensläufe von Hans Otto Henel. Gollner Pappband, 208 Seiten Park, 2,80 Mk. Fackelträger-Verlag, Hamburg-Bergedorf. Schon im 11. bis 20. Januar liegt jetzt dieses Buch vor. Dem Autor von „Eros im Stachelbräu“ wurde gerade an dem Tage, an dem die Zeitschrift dieses Buches erschien, ein literarischer Ehrenpreis und Sonderauszeichnung verliehen, der öffentlich anläßlich des Tages des Buches vergeben wird.

Gewerkschaften und Nationalsozialismus. Unternehmerverbände liefern das Wirtschaftsprüfungswesen. In jeder jeden erschienenen „Gewerkschaften und Nationalsozialismus“ (E. Laubke Verlagsgesellschaft, G. m. b. H., Berlin W 30, Preis 40 Pf.) führt Bernhard Düwelle die nationalsozialistischen Wirtschaftsvorschläge auf ihre Quelle zurück, nämlich auf das Aktionsprogramm für die deutsche Industrie, das der Syndikus der Eisenindustrie, Dr. Alexander Lücke, 1909 in seinem Buch „Die Verfassungspolitik des Gewerbes und Handelsstandes“ entworfen hat. Zum Teil wertvoll sind seine Ausführungen gegen die Arbeiterbewegung vom nationalsozialistischen „Wirtschaftsprüfungswesen“ Feders übernommen worden.

Erziehung zum politischen Denken von Otto Jensen, Gera-Litz. Jungsozialistische Schriftenreihe. 48 Seiten, Preis 5 Pf. E. Laubke Verlagsgesellschaft, Berlin W 30. Für Lehrer und Lernende, Arbeitsgemeinschaften und Bibliotheken ist das kleine Buch gleich unentbehrlich.

Offo Barends-Jochen erschienenen Buch „Nationalisierung — Kapitalisierung“ ist der selbständige erste Band eines groß angelegten Werkes: „Nationalisierung und Sozialismus nach dem Weltkrieg“. Der Band zeigt in gemeinverständlich, die Erfahrungen Europas und Amerikas verwertend der Darstellung, wie die wirtschaftlichen und sozialen Umwälzungen der Nachkriegszeit die technische Entwicklung beeinflusst, die Arbeitsverfahren, die Arbeitsintensität, die Entlohnungsmethoden, die Organisation der Betriebe und die Methoden ihrer Führung umgewandelt haben. Er zeigt, wie der Nationalisierungskonkurrenz die internationale Wirtschaftspolitik gefolgt ist. Er stellt die Entwicklung der kapitalistischen Welt die Entwicklung in der Konjunktur, das Ringen um den Finanzkapital gegenüber. Auf Grundlage dieser Erfahrungen sucht er den Weg zur Nationalisierung der Weltwirtschaft. Der jetzt gut ausgestattete Band kostet gebunden 4,30 Mk., in Leinen gebunden 3,50 Mk. Verlag der Wiener Volksbuchhandlung, Wien VI. Gumpendorfer Straße 18. In allen Buchhandlungen erhältlich.

Oskar Wölke: „Der Soldat und seine Erbschaft“. Roman. Neue, veränderte, endgültige Fassung. Jubiläumsausgabe. 92. bis 100. Tausend. 1931. Einband und Typographie: Jan Fehlig, München. 224 Seiten. C. G. Poeschl Verlag, G. m. b. H., Berlin SW 61. Preis 4,80 Mk. Der Verfasser erzählt die Geschichte seiner eigenen Jugend. Nach dem Bruch mit dem Elternhaus und dem bürgerlichen Beruf — er soll Schulmeister werden — verläßt sich Soldatens Wunsch in allerlei Verfassungen, hält es nirgends lange aus und geht schließlich als fittender Kauderz los. Er kommt wohl in Europa anher. Zuletzt läßt er sich für die Fremdenlegen anwerben, desertiert, und nach Krieg und Querschnitt kehrt der verlorene Sohn in die Heimat zurück. Die Wiederherstellung dieses unrichtigen Kreis, sein zäher Kampf gegen die rote Übermacht der Obrigkeit beweist aus, daß in diesem jungen Reichgen unter der rauhen Schale ein gefandener männlicher Kern steckt. Jung und alt sollten Soldatens einen Grenzplatz im kaiserlichen Reich einräumen.

Otto Wänders-Gelsen: „Reise ins asiatische Soma“. 172 Seiten Großformat. Großleinen. Mit 28 Photographien. Einbandausgabe und typographische Ausstattung von Jan Fehlig, München. Verlag: Der Bücherkreis, G. m. b. H., Berlin SW 61. Preis 4,80 Mk. Im Sommer und Herbst 1929 durchfuhr Dr. Otto Wänders-Gelsen Soma. Der ursprüngliche Zweck der Forschungsreise waren religionswissenschaftliche Studien. Außerdem wollte Wänders-Gelsen in Soma Freizeitschriften aufbauen. Aber in Soma erweiterte sich der Wirkkreis seiner Beobachtungen. Er gibt eine vollständige Aufnahme des Landes, von Wirtschaft, Gesellschaft, Religion und Geographie. Der Stil des Werkes ist äußerst lebendig; bei aller Wissenschaftlichkeit verweicht es nie in trockenem Fachjargon.

Samuel Engelmann: „Die Revolution des Ingenieurs Kardelli“. Roman. Zweite überarbeitete Ausgabe aus dem Nachlass von Otto Stein. 1931. 245 Seiten. C. G. Poeschl Verlag, G. m. b. H., Berlin SW 61. Preis 4,80 Mk. Im Mittelpunkt der Erzählung steht die „Rebellion“ des Ingenieurs Kardelli, der die Frau eines Kollegen liebt, und sich nach schweren inneren Konflikten von seiner Frau trennt, die Geliebte entführt und in einer neuen Ehe liebt. Da Kardelli die Handlung nach auf das fache Land überführt, ergibt sich für den Autor die Möglichkeit, auch die Auffassungen der Bauern und Landproleten über Arbeit und Ehe in seine Darstellung einzubringen. Auf diese Weise erhält der Leser ein geschlossenes eindrucksvolles Bild der Sonderverhältnisse im heutigen England.

# Unterhaltung, Wissen und Bildung

## Japanische Arbeiter - "Deutsche" Bürger - Sozialistische Jugend.

Das Rasseng' drei der deutschen Nationalsozialisten will uns glauben machen, daß wir Deutschen allein die bevorzugteste Menschengattung in der Welt darstellen. Der polnische Landarbeiter, die indischen Halblawen, die farbigen Arbeiter im Süden Afrikas, die ausgemergelten indischen Spinner, die vielen Reisbauern in Indien, in China und in Japan, diese vielen Millionen mit dem Hunger und um das höchste Liebes ringenden proletarischen und halbproletarischen Menschen sollen nicht geachtet werden. Wir sollen sie verachten. So wollen es die deutschen, die französischen, die englischen Nationalisten. Sie alle haben Angst, daß sich die Unterdrückten der Erde verständigen und sich vereinigen könnten. In der Tat, alle Länder verstehen sich im Grunde weit besser, als man gemeinhin annimmt. Das Empfinden der gemeinsamen Verknüpfung und der menschlichen Auspowerung zum Nutzen der herrschenden Klassen bringt ihre Herzen zueinander. Die unterdrückten Klassen können nur noch nicht die gigantischen Barrieren übersteigen, die ihnen die Klassenherrschaft des verbrüdersten Weltkapitals ständig aufwirft. Hier ein Bild der zwei geistigen Welten:

Zwei japanische Arbeiter sitzen im Eisenbahnabteil. Es sind zwei von den vielen koffertragenden angestellten Händlern, die hier ihr feines Porzellan und ihren Tee verkaufen wollen. Der eine davon ist älter und offenbar auch dem Jüngeren in europäischer Erfahrung überlegen. Des Jüngeren Gesichtszüge beleben und verändern sich mit den Bewegungen seines älteren Begleiters. Beide sind sehr müde. Sie lehnen sich stark zurück, um etwas schlafen zu können. Dabei strecken sie die Beine weit und bequem von sich. So wie das die „Besten unserer Nation“ auch machen. Da kommen vier Männer mittleren Alters in dieses Abteil. Sie sind sogleich belustigt, daß die zwei „Japs“ mitfahren. In Ermangelung eines reizvollen Gesprächsstoffes finden die vier angeregten deutschen Söhne an den Japanern ein interessantes Objekt. Einer davon macht eine Geste, als ob er sich dicht neben den älteren Japaner setzen wollte. Er klopft roh und aufreizend heraus: „Du fauler Hund, mach mal Platz und lümmle dich nicht so dahin!“ Die Freunde dieses Helden brechen in ein dröhnendes, angeoffenes Lachen aus. Der Japaner macht sich sofort klein, ja, er entschuldigt sich ruhig und vornehm. Die vier Deutschen, an denen die Welt genesen soll, gloßen sanft. Das zarte Gesicht des jungen Japaners kommt aus dem Staunen überhaupt nicht heraus. Und, sonderbar, wieder traf ich diese zwei japanischen Händler im Zugabteil. Diesmal fuhr ich in Begleitung mit einigen Fremden der Sozialistischen Arbeiter-Jugend. Wir fuhren zu einer Konferenz. Ausgelassen und lustig schlagen die Lachsalven an. Mitten eingekleidet saßen die Japaner. Der jüngere davon sah zwischen zwei freundlichen scherzenden Mädels. Da wir uns alle freuten, einen Sonnabend und Sonntag für uns zu haben, war es nicht groß verwunderlich, daß wir während der Fahrt so lustig waren. Da geschah es, daß sich in unsere gemeinsame Freude das Lachen des jungen Japaners mischte. Er war innerlich so mitgerissen, daß er beim Lachen seine gelben Zähne zeigen mußte. Sein alter Kollege schmunzelte nur. Über die Augen wärmten sich an unserem Frohsinn und an der Freude seines Begleiters. Nun verteilte das hübsche Mädchen rechts von dem Jungen Schokolade. Sie zerbrach die große Tafel in einige kleine Stücke. Die Schokolade ging rundum. Mit einer Selbstverständlichkeit reichte das Mädchen dem jungen Japaner die Schokolade hin. So froh habe ich selten einen Menschen etwas ablehnen sehen. Nicht die Schokolade war hier dem jungen Japaner das Wesentliche, sondern er fühlte, daß die frohen jungen Gesichter keine inneren Hemmungen zu einem „Fremdtrauen“ hatten. Er fühlte sich glücklich, daß er geachtet wurde. Sein Gesicht spiegelte eine schöne Freude als Dank wider für das Vertrauen meiner sozialistischen Freunde.

Zwei Erlebnis mit zweifacher Bedeutung. Dort ein horniertes proviantliches, verspiegtes Bürgerlein mit seiner Verachtung für alles „Unmensche“. Hier ein zukunftsverheißendes, junges Proletariat, das kein anderes Vorurteil kennt gegenüber den Menschen, als das Vorurteil der unterdrückten Klassenbrüder gegenüber der herrschenden Ausbeutungsgeellschaft und ihrer Reaktion.

Ludwig Kohl.

## Peter rückt aus.

Von Armin von Sacher-Masoch.

Peter Hinrichsen war ein fester Junge. Er war 15 Jahre alt, als er den Entschluß faßte, auszurücken. Grund genug hatte er seiner Meinung nach dazu. Vater war in Frankreich gefallen. Mutter, eine stille und kränkliche Frau, konnte den Verlust ihres Mannes nicht überwinden. Sie starb drei Monate nach Eintreffen der Nachricht.

Dann bekam Peter einen Vormund, der ihn zu einem Schlächtermeister in die Lehre steckte. Der kleine, ärmliche Hansrat der Eltern wurde verkauft, der geringe Erlös von der Behörde angelegt.

Soweit schien damals alles in guter Ordnung. Aber der Schlächtermeister entspannte sich als ein ewig bekümmertes, brutales Kerl, und Peter heimte täglich Ohrfeigen ein. Er mußte so schänden, daß er spätnachts immer todwache auf seinen Strohsack fiel. Wenn er aber schlief, träumte er von walden Taten, von der Rache, die er an seinem Mädelgeist wegen der vielen Ohrfeigen nehmen würde und von Abenteuer - vom Kriege.

Da es war das Jahr 1915, das damals zu Ende ging. Er hatte nur einen Freund, einen älteren Fuhrmann, der aber dies wußte der Junge nicht - seine kleine Mutter geliebt hatte. Er hatte sie nicht gekriegt, da Peters Vater kam. Er wurde Peters Freund und Spielgefährte.

Peter sah jede freie Zeit in Johannsens dunklem Bretterstall und hörte zu, wenn dieser die unglaublichsten Geschichten erzählte, in welchen er - Johannsen - natürlich als Held und Sieger eine erste Rolle spielte. Dabei lernte der Junge schon als Knirps mit Pferden umzugehen.

Im November 1915, an einem Sonntag, dachte Peter auf der Zankstraße in Johannsens Stall, doch dieser war ungewöhnlich knechtlich. Endlich sagte er:

„Peter, sie haben mich gestern genommen. Ich muß in vier Wochen mit einer Verpflegungsstaffel abmarschieren. Und meine Güter nehmen sie auch.“

Dann knurrte er noch etwas Unverständliches, vernünftlich einen Blick.

Im diese Zeit faßte Peter einen schwerwiegenden Entschluß. Aber er sagte Johannsen nichts davon. Johannsen wurde notwendig natürlich angegriffen. Die ganze Verpflegungsstaffel wurde ausgerüstet, die Verpflegungen in Ordnung gebracht, und eines Tages fanden die 2 Wagen für und fertig, mit den vorgefertigten Verpflegungspackungen gepackt, im Hofe. Soldaten mit Gewehren bewachten das kostbare Gut Tag und Nacht. Es war natürlich, daß Peter bei der Beladung von Johannsens Wagen dabei war.

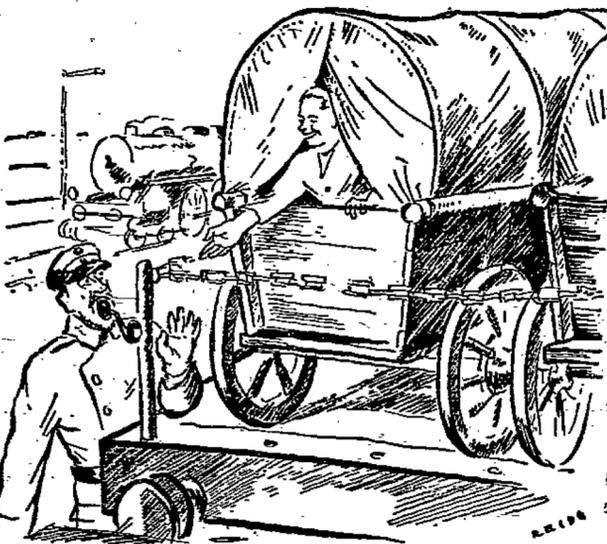
Im einem Mittelnach wurde die Staffel verladen und sollte des Nachts - Richtung Osten - abgehen. Johannsen sah auf seiner Wagenbestückung und sah während an seiner Pfeife, der Junge fand vor ihm, warum und ergaben.

Dann sagte Johannsen:

„Peter, du mußt jetzt heim. Ich werde schreiben, sei brav und denke an mich.“

Peter sagte ja, gab Johannsen die Hand und ging.

Der Transport rollte gegen Osten. Die Fuhrwerke standen auf offenen Güterwagen, je zwei, alle mit dicker, grauer Leinwand überzogen. Die Pferde mit ihren Kutschern in den Wehagen. Als Johannsen bei einer längeren Rast zu seinem Fuhrwerk schlenderte, um zu untersuchen, ob alles in Ordnung war, steckte Peter den Kopf eben zwischen der Leinwand hervor.



Johannsen fiel beinahe die Pfeife aus dem Munde. „Junge!“, sagte er, ungläubig und erschrocken. Dann kroch auch er unter die Leinwand, es gab eine kurze Auseinandersetzung, bei der der Junge als Sieger hervorging. Johannsen lotzte seinen Jungen durch alle Fahrnisse des langen Transportes, sorgte, daß Peter immer etwas zum Kaufen bekam, und freute sich insgeheim, daß er den Jungen mitbrachte. Im Bereich der 11. Armee wurde die Staffel auswaggoniert und Peter, der sich im Kriegsgebiet freier bewegte, wurde Pferdebesitzer bei Johannsen. Schließlich nahm die ganze Staffel mit Einfluß des Führers die Anwesenheit Peters zur Kenntnis. Er wurde in Kommittee gesteckt und bekam einen Säbel.

Wann ging es los. Immer wurde gefahren, Tag und Nacht, von der Fassungstelle zur Front - dort standen die deutschen Batterien - und wieder zurück zur Fassungstelle. Peter hatte das volle Vertrauen der Staffel. Die Fuhrleute, lauter ältere Männer, begaben väterliche Zuneigung zu dem Jungen.

Ich lernte ihn kennen, als er zu meinem Kommando getritten kam, um eine Batteriemeldung zu überbringen. Er sah auf einem dicken, schwarzen Gaul, seine Mannschaftsstiefel waren ihm viel zu groß, die Hosen schlöfferten nach allen Seiten und der Säbel - nie hätte er sich von demselben getrennt - baumelte wie ein mächtiger Spieß von seiner Hüfte.

Klar und jugendlich war sein Blick und doch ernst und fest wie der eines Mannes.

Der Lage später war ein schwarzer Tag für die Brigade. Unsere geschwächte Front wurde von russischer Garde überrannt und auf sieben Kilometer zurückgedrängt. Mit Hilfe einer feindlichen Schützenbrigade gelang es am nächsten Morgen, im Gegenstoß die alten Stellungen wieder zu nehmen. In der Nacht war ein wildes Durcheinander gewesen. Ich ritt den Bereich der Truppen ab, um mich über die Lage zu informieren.

In der Nähe der Artilleriestellungen kam ich an einen Straßenstall, mir wohl bekannt als Zufahrtsstraße für die Verpflegungs- und Munitionskolonnen. Hier sah ich ungefügte Wagen und tote Pferde liegen. Schwärme lag, quer über den verschulften Straßen, eines der Fuhrwerke. Die graue Leinwand bewegte sich. Ein Spalt öffnete sich vorsichtig und Peter kroch hervor, frisch und gesund.

Er machte ein sehr ernstes Gesicht und sagte entschuldigend: „Die anderen sind alle davongelaufen, aber ich ... ich mußte doch sehen, daß nichts gestohlen wird.“

Und mit einem verächtlichen Achselzucken: „Sie haben alles gleich ausgehoben und aufgefressen!“

Dann zog er seinen großen Säbel unter dem amgefürzten Wagen hervor, schnalzte ihn um die Hüfte, grüßte stramm und marschierte ab - Richtung Fassungstelle.



Soeben sprach Johannsen auf, der Peter die halbe Nacht verzwiebelt gefascht hatte. Mit einem Fremdengebrüll fürzte er auf Peter los. Dann gingen sie Arm in Arm davon. Ich sah ihnen nach ...

## Die Rache der Kinderzüchter.

In einem einsam gelegenen Häuschen in Ritterside in Kalifornien lebte eine alte Frau, die sich armselig durchs Leben brachte, indem sie ein Stückchen Land bebauete und in einer „Cow Country“ zwei dürftige Ziegen hielt. Das war in den Tagen der Kinderzüchter, denen die „Cow Country“ gehörte, ein jähbares Verbrechen. Wiederholt wurde die Frau bedrängt und die Ziegen wurden

verjagt, aber immer wieder wagte es die Alte, ihre Tiere auf verbotenem Gebiet weiden zu lassen, dachte sie doch, daß durch die paar Grashalme, die die Tiere fraßen, kein Mensch ärmer werden würde. Aber die Kinderzüchter waren anderer Meinung. Einmal Tages überfielen zwei maskierte Männer die alte Frau in der Scheune ihres kleinen Gütchens, rissen ihr die Kleider vom Körper und gossen dann heißen Teer über die Unglückliche. Und um ihr „glorreiches“ Werk zu vollenden, schütteten sie noch den Inhalt von mehreren Federkissen über die hilflose Greisin. So lag die arme Frau stundenlang unter unsagbaren Schmerzen da. Als man sie endlich auffand, war sie ohnmächtig. Als man sie ins Bewußtsein zurückrief, verfiel sie infolge der fürchterlichen Brandwunden in Irrsinn. Die Nachbarn schreiben die entsetzliche Tat zwei „Cowboys“ zu, die im Auftrage der Kinderzüchter handelten. Die Hilfsberufe fürchten sich, einzugreifen, weil sie den Jörn der großen Kinderzüchter fürchten, aber, so melden amerikanische Zeitungen mit Genugtuung, der Sohn der alten Frau, ein Elektrotechniker, ist jetzt anzugehen, um die Peiniger seiner Mutter aufzufinden, und sie wünschen ihm Glück zu seinem Unternehmen. (Frankfurter Ztg.)

## Ein Dialog.

Von Alois Wohlmut.

Zur Schwalbe sprach der Sperling: „Nein, Mein Spatenköpfechen ist zu klein, Es einzuführen ins Menschenhaus Baust du dein Nest, fliegst ein und aus Und zwitscherst ihnen unverfroren In ihre delikaten Ohren, Bringst Schererei und all den Mist, Der keinen schont, so drinnen ist, - Uns segnen sie mit Wesen fort, Dich hegen sie am krauten Ort!“

Darauf das Schwalbchen mit Bedacht: „Ja, Freund, des Uberglaubens Macht! Das, was sie einmal heilig heißen, Darf ihnen auf die Köpfe sch...!“

## Kindertraum.

Die Mutter starb dem kleinen Widi. Man sorgte sie und trug sie fort. Doch er begriff das alles nicht und sah es ohne Schmerz und Wort.

Nur abends, als er gerne hält mit seinem Fuß sie froh gemacht, grub er sein kleines Haupt ins Bett und schluchzte leise durch die Nacht.

Otto Thörner.

## Humoristische Ecke.

Russische Preisenkung.

„Die Heringe kosten ja zwei Ropcken mehr als in der vorigen Woche.“

„Ja, das ist notwendig, um die Kosten des neuen Autos zu decken!“

„Was für ein Auto?“

„Das des Kontrolleurs!“

„Wozu braucht der ein Auto?“

„Bist du beschränkt?! Verstehst du denn nicht? Natürlich um die Beschäfte zu kontrollieren, ob die Preisenkungen durchgeführt sind...“

Zu spät.

Ein Ehemann ist nach Paris gereist. - Seine junge Frau, um dessen Treue befragt, telegraphiert ihm: „Vergiß nicht, daß du verheiratet bist.“ Sofort telegraphiert er zurück: „Telegramm zu spät erhalten.“

Viel Lärm um nichts.

Am höchsten jüdischen Fasttag tritt Samuel Jammermeier an einen Wurfhändler heran und fragt nach dem Preis. Vom Gewitterhimmel herab zuckt ein Blitz, und ihm folgt ein sogenannter kalter, aber fürchterlicher Donnereschlag. Jammermeier sieht zum Himmel und sagt: „Manana - fragen wird man doch noch können!“

Feinführend.

Richter: „Also erzählen Sie den Hergang der Rauferei.“

Jenge: „Ja, ich sage ganz gemächlich am Wirtshausisch, mit einemmal kommt zener von hinten und haut mir mit dem Bierseidel een mächtiges Loch in den Schädel - und det fiel mir uff.“

In der Dorfschule.

Lehrer: „Du kommst schon wieder zu spät? Ihr habt doch einen Hahn auf dem Hofe, der dich jeden Morgen weckt?“

Der kleine Alois: „Ach, Herr Lehrer, ich weiß nicht, wieso das kommt, aber der Hahn geht seit einiger Zeit immer nach.“

Besser als plombiert.

Der englische Schriftsteller E. Temple Thurston wurde einmal von seinem Freunde, dem jungen Bankier F. Smith, auf der Straße angehalten: „Nanu, du machst ja ein so böses Gesicht.“

„Ich habe schreckliche Zahnschmerzen. Weißt du irgendein Mittel?“ stieß Thurston hervor.

„Folge meinem Rat und nimm keine Medizin“, sagte der Bankier. „Gestern hatte ich Zahnschmerzen. Ich ging nach Hause zu meiner Frau, da gab sie mir einen Fuß, und meine Zahnschmerzen waren wie weggeblasen.“

Thurston sann eine Weile, dann sagte er: „Oh, besten Dank für deinen Rat. - Sag mir, Freund, glaubst du, daß ich jetzt deine Frau zu Hause antreffen werde?“

Zankig.

Drei Mark.

Ein Literat, dem es nicht besser ging als den meisten Literaten, hatte bei einer Zeitschrift einen Beitrag untergebracht. Der Kassierer zahlte ihm das Honorar in Dreimarkstücken. Nach wenigen Tagen kam er an die Kasse zurück und beschwerte sich bitter: „Sie haben mir das letztmal ein falsches Dreimarkstück gegeben.“

„Hier“, sagte gutmütig der Kassierer, „haben Sie ein anderes.“

Der Literat ließ das Geldstück befriedigt in die Tasche gleiten. „Nun“, sagte der Kassierer weiter, „und wo ist das falsche Dreimarkstück?“

„Es ist mir schwer genug gefallen, es schließlich noch loszuwerden!“ sagte der Literat im Hinausgehen.

Die alten Wenden.

Nun, Was, was kannst du mir von den alten Wenden sagen? Später: „Von den alten Wenden fällt der Ralk herunter.“